

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington

POLITISCHE BERICHTERSTATTUNG
JANUAR 2004

Die Stimme der Minderheit

Amerikas Afroamerikaner wählen traditionell demokratisch und die Stimmen der Latinos könnten für den Wahlausgang entscheidend sein

Franz-Josef Reuter
Kristin Vorpahl

Washington am 8. Januar 2004

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington
2005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

Tel. 202-986-9460
Fax. 202-986-9458
info@kasusa.org
<http://www.kasusa.org>
<http://www.kas.de>

Die Stimme der Minderheit

Amerikas Afroamerikaner wählen traditionell demokratisch und die Stimmen der Latinos könnten für den Wahlausgang entscheidend sein.

Nur selten haben Amerikas Bürger ihren Präsidenten so einvernehmlich gewählt wie 1936, als sie den Demokraten Franklin D. Roosevelt mit 60,8 Prozent im Amt bestätigten. Alfred Landon, der republikanische Herausforderer des „ewigen“ Präsidenten Roosevelt, erhielt damals 36,5 Prozent der Stimmen. Ein Blick auf die amerikanischen Präsidentschaftswahlergebnisse des 20. Jahrhunderts zeigt, dass der Gewinner selten einen Stimmenvorsprung von mehr als 10 Prozentpunkten für sich verbuchen konnte. Auch für die kommende Wahl rechnen Beobachter aller Couleur mit einem Kopf-an-Kopf-Rennen in dem die Stimmen der Minderheiten ausschlaggebend sein könnten.

Latinos als „Soccer Moms“ von Morgen

Je knapper die Entscheidung für einen bestimmten Kandidaten, desto größer wird für Wahlkampfstrategen die Bedeutung so genannter „key swing voting blocs“, Wechselwähler. Seit Anfang der 1990er Jahre gehörten hierzu vor allem die „Soccer Moms“, Mütter, die sich um ihre Kinder kümmern und sich gesellschaftlich engagieren. Nicht selten berichteten die Medien wie Frauen sich für Bill Clinton stark machten, sehr zum Leidwesen ihrer Ehemänner.

Eines scheint für die Beobachter des laufenden Wahlkampfes festzustehen: Latinos sind die „Soccer moms“ der kommenden Jahre. Als Latinos gelten in Amerika Menschen mit hispanischer, also lateinamerikanischer oder iberischer, Herkunft. Neue demographische Daten des U.S. Department of Census Bureau zeigen, dass Latinos die Afroamerikaner als größte Minderheit überholt haben. Im letzten Jahr lebten offiziell 38,8 Millionen Latinos in den Vereinigten Staaten; schätzungsweise 14 Millionen von ihnen sollen nächstes Jahr wahlberechtigt sein.

Afroamerikaner wählen traditionell demokratisch

Die andere, bislang wichtigste Minderheit sind die Afroamerikaner. An ihrem Wahlverhalten gibt es scheinbar wenig zu rütteln. Fast immer geben sie ihre Stimme einem demokratischen Kandidaten. Ende 1999 erhielt Al Gore neun von zehn aller „black votes“. Damit setzte sich ein Trend durch, der sich ins Jahr 1960 zurückverfolgen lässt, als Vizepräsident Richard Nixon und Massachusetts' Senator John F. Kennedy um die Nachfolge von Präsident Dwight D. Eisenhowers kämpften. Nixon hatte den Ruf, sich für die Stärkung der Bürgerrechte einzusetzen – damals wie heute eines der Hauptanliegen der afroamerikanischen Bevölkerung. Doch im entscheidenden Moment kam der Aktivismus des Vizepräsidenten nicht zum Ausdruck. Dr. Martin Luther King, gerade zurück von einer Reise nach Indien, wo er die Prinzipien der Gewaltlosigkeit gelernt hatte, wurde Mitte Oktober zusammen mit 36

Mitstreitern im Restaurant eines Kaufhauses in Atlanta verhaftet. Das Urteil vom 25. Oktober 1960 lautete auf 6 Monate Zwangsarbeit wegen eines Verkehrsdelikts; bis zur Präsidentschaftswahl waren es nur noch wenige Tage. Eisenhower und Nixon beschlossen, sich jeden Kommentars zu enthalten. Kennedy und sein Bruder Robert, der auch den Wahlkampf des Senators leitete, setzten sich öffentlich für Kings Freilassung ein. Kennedy gewann die Wahl mit einem Vorsprung von 0,3 Prozentpunkten bzw. 214501 Stimmen. Kaum ein Kommentator bezweifelte damals, dass der junge Senator seinen Vorsprung mobilisierten Afroamerikanern zu verdanken hatte. Acht Jahre später siegte Nixon gegen Hubert Humphrey, weil dieser zuviel auf seine Bürgerrechtsagenda gepackt hatte. Nixon hingegen stellte sich als Kandidat der inneren Sicherheit vor. Dahinter stand die Angst vieler Wähler vor erneuten Rassenunruhen, die Amerika in den 1960ern erschüttert hatten. Vor Erstarren der Bürgerrechtsbewegung im Süden des Landes, hatte die republikanische Partei mit einer Mischung aus Argumenten für Segregation und „Law and Order“-Maßnahmen vor allem weiße Wähler für sich begeistern können.

Allerdings lässt sich die moderne „Grand Old Party“, wie die republikanische Partei hier heißt, nicht mehr mit der Partei eines Strom Thurmond, der 1948 auf diese Art und Weise vier der so genannten Baumwollstaaten des Südens gegen den Demokraten Harry Truman gewann. Truman hatte sich während des Wahlkampfes vehement für die Abschaffung der Rassentrennung ausgesprochen. In den fünfziger und sechziger Jahren waren es aber vor allem Republikaner aus dem Norden der USA gewesen, die für die Verwirklichung der Bürgerrechte eintraten. Barry Goldwater, 1964 republikanischer Gegenkandidat von Präsident Lyndon B. Johnson, verschrieb sich noch einmal der Rassentrennung, nachdem Johnson den „Civil Rights Act“ unterzeichnet hatte. Seit Ronald Reagan versucht die GOP, afroamerikanische Wählerstimmen für sich zu gewinnen. Dass Segregation und dergleichen in dieser Partei nichts mehr zu suchen haben, zeigte zuletzt die Affäre um Trent Lott. Der frischgebackene Mehrheitsführer im Repräsentantenhaus hatte letztes Jahr bei einer Rede zum 100. Geburtstag von Strom Thurmond gesagt, dass Amerika heute ein besseres Land wäre, hätte Thurmond 1948 die Wahl für sich entschieden. Präsident George W. Bush und andere wichtige Republikaner distanzieren sich daraufhin namentlich von Lott, der seitdem auch nicht mehr Mehrheitsführer ist.

Afroamerikaner stellen lange Amerikas größte Minderheit; politisch fast ganz und gar bei den Demokraten verortet. Nur 9 Prozent von ihnen hatten sich 1999 für Bush ausgesprochen. Nach Meinung von Elijah E. Cummings, demokratischer Abgeordneter für Maryland und Vorsitzender des einflussreichen Congressional Black Caucus, wird sich an dieser Zahl auch im nächsten Jahr nicht viel ändern. So liegt beispielsweise bei Afroamerikanern die Arbeitslosenquote mit über 11 Prozent weit über dem Durchschnitt. Dabei hatte Präsident Bush Amerikas Afroamerikaner nicht enttäuscht. Während des Wahlkampfes versprach er, sich um die „Bildungslücke“ zu kümmern, unter der vor allem Schwarze leiden. Nach Amtsantritt unterzeichnete er prompt ein

entsprechendes Gesetz. Hinzu kommt, dass die Afroamerikaner in Bushs Kabinett keineswegs nur mit „Alibi“-Funktionen am Rande stehen. Außenminister Colin Powell und Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice befinden sich im Zentrum der Außenpolitik. Und die könnte sich im kommenden Jahr als Wahl entscheidend erweisen. Dennoch: Selbst Matthew Dowd, der hauseigene Meinungsforscher des Präsidenten, warnte noch im letzten Jahr, dass die GOP Gefahr laufe, zu einer amerikanischen „Whites only“-Version der südafrikanischen National Party zu werden. Es brauche, so Dowd, eine effektivere, aggressivere Hinwendung zu Minderheiten. Allerdings ohne dass die Republikaner sich in Wahlen von Minderheiten abhängig machten, wie es bei den Demokraten der Fall sei.

Demokratische Kandidaten ohne besondere Bindungen zur afroamerikanischen Community

Gastgeber einer der ersten landesweit ausgestrahlten Fernsehdebatten der demokratischen Präsidentschaftsanwärter in diesem Jahr war der Congressional Black Caucus. In der afroamerikanischen Community haben die aussichtsreichsten Kandidaten keinen nachhaltigen Eindruck hinterlassen können. Was vor allem daran liegt, dass besondere Beziehungen bislang für Wahlsiege nicht vonnöten waren. General a.D. Wesley Clark und Senator John Edwards gelten als Kandidaten des Südens. Clark war bisher in seinem Heimatstaat Arkansas noch nicht auf Stimmenjagd. Edwards ist zwar seinen Wählern in North Carolina gut bekannt. Landesweit kennt man ihn jedoch eher als Strafverteidiger, denn als Mann des Südens. Richard Gephardt, Abgeordneter aus Missouri, repräsentiert einen fast gänzlich „weißen“ Wahlkreis in St. Louis; mit Vermont regierte Gouverneur Howard Dean einen so genannten „all white State“. Hier gibt es weniger als 1000 „schwarze“ Stimmen zu gewinnen. Massachusetts' Senator John Kerry fehlen emotionale Bindungen zu afroamerikanischen Wählern, wie sie beispielsweise Edward Kennedy, der ebenfalls den Neuenglandstaat im Senat vertritt, über Jahrzehnte aufgebaut hat. Connecticut's Senator Joseph Lieberman hat Beziehungen zur afroamerikanischen Gemeinschaft erst während des 2000er Wahlkampfes entwickelt.

Nun kandidieren auch der Prediger Al Sharpton und Carol Moseley Braun, Amerikas frühere Botschafterin in Neuseeland. Die Frau aus Illinois ist auch die erste und einzige Schwarze, die je in den amerikanischen Senat gewählt wurde. Zum ersten Mal gehen damit zwei Afroamerikaner in das Rennen um die Nominierung. Im Gegensatz zu Jesse Jackson, der 1988 antrat, haben weder Braun noch Sharpton eine Chance, in den „Primaries“, den Vorwahlen, gut abzuschneiden. Hinzu kommt, dass die ersten Vorwahlen Ende Januar in Iowa und New Hampshire – Staaten, in denen nur wenige Afroamerikaner leben – stattfinden. Und üblicherweise hat die Entscheidung der Wähler in diesen Staaten großen Einfluss auf die anschließenden Primaries.

Stimmen der Latinos „frei verfügbar“

Stimmen mit denen Präsident Bush eher und besser rechnen kann, kommen von Amerikas größter Minderheit, den Latinos. Seit seiner Zeit als Gouverneur von Texas spricht der Präsident Spanisch, was ihm 1999 sehr zugute kam. Dennoch: „Die hispanische Stimme ist noch frei verfügbar, sie ist ein schlafender Gigant kurz vor der Explosion“, wie Bill Richardson, Demokrat und einziger hispanischer Gouverneur des Landes, prophezeit. Für ihre Vorwahlen haben die Demokraten den 3. Februar 2004 – in Anlehnung an den „Super Tuesday“ am 2. März 2004 - in „Hispanic-Tuesday“ umgetauft. An diesem Dienstag finden Vorwahlen gleichzeitig in Missouri, Oklahoma, South Carolina, Delaware, North Dakota, New Mexico und Arizona statt. 42 Prozent der Einwohner New Mexicos sind hispanischer Herkunft; in Arizona sind es 25 Prozent. Dies sind zukunftsweisende Zahlen, weshalb sich die beiden großen Parteien anschicken, so schnell wie möglich recht feste Wählerbindungen aufzubauen. Aus diesem Grund widmeten die Demokraten eine ihrer Fernsehdebatten den Stimmen der Latinos. Es war die erste zweisprachige Diskussion von Präsidentschaftskandidaten, die im Herbst in Albuquerque, der Hauptstadt New Mexicos, stattfand. Gastgeber war Gouverneur Bill Richardson. Die Anwärter taten sich schwer. Hier und da warfen sie ein paar Brocken Spanisch ein.

Amerikas Latinos sind eine sehr heterogene Bevölkerungsgruppe. Traditionell geben sie ihre Stimmen meist demokratischen Aspiranten auf öffentliche Ämter. Demokraten stehen in dem Ruf, den Staat für soziale Aufgaben einzuschalten; eine Politik, die gerade bei ärmeren Bevölkerungsschichten Anklang findet – wozu die meisten Einwanderer in den ersten Jahren gehören. Für Gouverneur Richardson ergibt sich hieraus aber ein Missverständnis: „Es ist falsch zu glauben, dass sich Hispanics nicht um dieselben Dinge sorgen wie Durchschnittsamerikaner. Für sie sind gute Jobs, Hausbau und gute Schulen ebenso wichtig wie für alle anderen auch.“ Dreh- und Angelpunkt bleibt der Status illegaler Immigranten, die schon seit Jahren in den USA leben und arbeiten. Den Demokraten hat der Präsident hier einen Spielball zugeworfen; er selbst hat seine weitreichenden Wahlversprechen bislang nicht eingelöst. Zur Erinnerung: Bush konnte sich der Stimmen vieler Latinos sicher sein, weil er die Freundschaft mit dem mexikanischen Präsidenten Vicente Fox auf allen Bildschirmen, vor allem im spanischsprachigen Fernsehen, lebte. 35 Prozent der Latinos wählten Bush; der Republikaner Bob Dole, der 1996 gegen Präsident Bill Clinton angetreten war, hatte nur etwa 17 Prozent erhalten. Bush und Fox hatten sich im Jahr 2000 darauf geeinigt, die Einwanderung vor allem aus Mexiko zu erleichtern, NAFTA zu stärken und auch ansonsten beste Partner zu werden. Bushs erster offizieller Staatsbesuch galt Mexiko, was einen Bruch mit der jahrzehntelangen Tradition, zuallererst Kanada zu beehren, bedeutete. Bei Gesprächen zwischen Fox und Bush im Sommer 2001 versprach der amerikanische Präsident gar eine Art „Greencard“-Status für arbeitswillige, illegale Einwanderer, die eine einwandfreie Polizeiakte vorlegen können.

Beispiel Kalifornien

Mit den Terroranschlägen des 11. Septembers änderte sich diese Einstellung radikal. Das Bedürfnis, illegale Einwanderer zu legalisieren, wich der verstärkten Sorge um die innere Sicherheit. Nun stellen Mexikaner mit 67 Prozent die größte Gruppe unter Amerikas 38,8 Millionen Latinos. Zentralamerikaner machen 14,3 Prozent aus, Puertoricaner 8,6 Prozent, Kubaner 4 Prozent und andere 6,5 Prozent. In Wahlen geben die mexikanischen Stimmen daher den Ton an, der von Amerikas Latinos kommt. Gezeigt hat sich dies besonders bei der „Abwahl-Wahl“ in Kalifornien. Ein Drittel der 35 Millionen Kalifornier sind Latinos. Sie bilden den am schnellsten wachsenden Wählerblock; vor 10 Jahren zählten sie 10 Prozent aller registrierten Wähler, heute sind es schon 16 Prozent. Der heutige republikanische Gouverneur Arnold Schwarzenegger drohte nicht unbedingt an seinem Gegenkandidaten, dem Vizegouverneur Cruz Bustamante zu scheitern, weil dieser die Latino-Gemeinde hinter sich gewusst hätte. Schwarzenegger setzte auf die eigene Erfolgsstory, was bei vielen Latinos gut ankam. Entgegen schlug ihm allerdings eine Welle von Unverständnis als publik wurde, dass er sich 1994 bei einer Volkentscheidung für die „Proposition 187“ ausgesprochen hatte. Mithilfe dieser Entscheidung konnte der Staat illegalen Immigranten jedwede Dienste verweigern. Die Leistungsverweigerung hielt nur bis 1995 an, als ein Bundesgericht sie für nichtig erklärte. Schwarzenegger gewann, doch die Behandlung illegaler Einwanderer bleibt ein wichtiges Thema, das nun die Demokraten aufgreifen. Bei der Debatte in Albuquerque sprachen sich die demokratischen Wettbewerber einstimmig dafür aus, die Legalisierung von Einwanderern aus Lateinamerika zu erleichtern.

Latinos sind kein homogener Wählerblock

Nun gibt es verschiedene Statistiken, die versuchen, das Wahlverhalten der amerikanischen Latinos für 2004 vorauszusagen. Eine landesweite Umfrage, die das renommierte Annenberg Public Policy Center der University of Pennsylvania im September 2003 veröffentlicht hat, fand heraus, dass sich 45 Prozent als Demokraten sehen, 30 Prozent als Republikaner, 25 Prozent waren noch nicht auf die eine oder andere Partei festgelegt. Eine Studie des Pew Hispanic Center kam im Sommer 2002 auf diese Zahlen: 49 Prozent sehen sich als Demokraten, 20 Prozent als Republikaner. Allerdings, so betonen vor allem hispanische Politiker und Analysten vieler Think Tanks immer wieder, dürfen Latinos nicht als homogener Teil der amerikanischen Gesellschaft betrachtet werden; vor allem nicht als homogener Wählerblock. Dies bestätigt die Analyse des Annenberg Centers: Latinos wählen nach Themen. Geht es um die Wirtschaft, geben sie Demokraten den Vorrang. In Sachen Abtreibung und Schulpolitik stimmen sie mit den Republikanern überein. Auch die Herkunft

beeinflusst die politische Position. 37 Prozent der Mexikaner zählen sich als Demokraten, die Hälfte der Einwanderer aus karibischen Staaten ebenfalls. Kubanische Emigranten bleiben eine der vehementesten Unterstützerguppen der Republikaner.

Im Jahr 2004 könnte sich die Vorliebe der Latinos für die demokratische Position verstärken. Zum einen radebrechten fast alle Regierungen Lateinamerikas gegen den Irak-Krieg. Mexikos Präsident Vicente Fox nahm einen Bruch mit dem Weißen Haus hin, als das Land ankündigte, im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gegen den großen Nachbarn zu stimmen (wozu es letztendlich nicht mehr kam). Eine Haltung, die fast überall in Lateinamerika auf Zustimmung stieß. Die Medien dienen hier als Transmissionsriemen: Den meisten Emigranten, die nun in den Vereinigten Staaten leben, ermöglichen sie es, mit der Heimat aufs Engste verbunden zu bleiben. Doch, so zeigt es auch ein Blick in die Publikationen der südamerikanischen Hemisphäre, die Gefangennahme Saddam Husseins könnte die vormals so vehemente Kriegsgegnerschaft der Latinos neutralisiert haben. Auch sie freuten sich über die Nachricht. Gespräche mit Einwanderern eröffnen wie wichtig es ihnen ist, dass Amerikas Wirtschaftsmotor läuft. Denn „Brot-und-Butter“-Themen bleiben lebenswichtig: Mehr als 33 Prozent der 41 Millionen unversicherten Amerikaner sind Hispanics; das jährliche Durchschnittseinkommen einer Latino-Familie liegt unter \$30.000. Die Arbeitslosigkeit stand im Sommer bei 8,2 Prozent, weniger als unter Afroamerikanern, aber erheblich mehr als der Gesamtvergleichswert von 5,5 Prozent.

Aktuelle Schätzungen besagen, dass sich die Zahl der wahlberechtigten Latinos von 7 Millionen bei der vergangenen Wahl im nächsten Jahr verdoppelt haben wird. Das sind 14 Millionen Stimmen, um die Präsident Bush und sein demokratischer Herausforderer werben müssen. Das Weiße Haus hat sich zum Ziel gesetzt, am Wahltag 40 Prozent der Latino-Stimmen zu gewinnen. Für beide Parteien geht es jetzt darum, die Weichen für die Zukunft zu stellen. Das Census Bureau schätzt, dass weiße Amerikaner im Jahr 2055 nicht mehr die Mehrheit der US-Bevölkerung ausmachen werden.